



Gaußstraße 20
52531 Übach-Palenberg



Eburonenstraße 20a
52531 Übach-Palenberg

An die
Stadt Übach-Palenberg
Herrn Bürgermeister Wolfgang Jungnitz
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Seite 1 von 2

29. Juni 2019

Gemeinsamer Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNE und der Fraktion der CDU im Rat der Stadt Übach-Palenberg gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

**Resolutionen der Kommunen des Kreises Heinsberg nach Ausrufung des Klimanotstandes unterstützen;
Berücksichtigung der negativen Auswirkungen des globalen Klimawandels bei Entscheidungen der Stadt Übach-Palenberg**

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg möge beschließen:

- I. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg bekennt sich zu den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.
- II. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- III. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg erklärt seinen Willen, die Stadt ganzheitlich klimagerecht zu entwickeln. Klimaschutz führt zu mehr Lebensqualität.
- IV. Die Stadt Übach-Palenberg unterstütze den Kreis Heinsberg sowie seiner Kommunen nach Ausrufung des Klimanotstandes im Rahmen ihrer Möglichkeiten.
- V. Die Stadt Übach-Palenberg wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und möglichst jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- VI. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg setzt auf tatsächlich wirksame und zielführende Maßnahmen. Er setzt darauf, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Gleichzeitig lehnt er bloße Symbolpolitik, Bevormundung und den Auswuchs von weiterer Bürokratie ab.

VII. Im Fachausschuss wird im Frühjahr und Herbst jährlich ein Tagungsordnungspunkt „Projekte Klimaschutz“ auf die Agenda gesetzt und behandelt. Hier werden Projekte der Verwaltung und Anregungen der Politik unter dem Motto „vermeiden, reduzieren und kompensieren“ (z.B. Verkehr, Heizung, Strom, Energieeinsparung, Anregungen ÖPNV, E-Mobilität/Ladesäulen, neue „Blühstreifen“, verbesserte Gestaltung Straßenbegleitgrün/Kreisverkehre u.a.) diskutiert und nachfolgend Ergebnisse vorgestellt.

Begründung:

Trotz weltweiter Bemühungen und Maßnahmen über Jahrzehnte, dem Klimawandel entgegenzuwirken und den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, haben diese bisher zu keinem Erfolg geführt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde. Die CDU und die Grünen setzen auf eine breit akzeptierte, klimagerechte Stadtentwicklung, auf ernsthaftes Handeln, nicht auf Symbole.

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, die weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter bereits um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird.

Auch in Nordrhein-Westfalen wird man den Klimawandel spüren. Landwirtschaft und Stadtklima werden von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist folglich nicht nur ein Klimaproblem: Er ist auch ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz-, Friedens- und soziales Problem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zielführende Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken.

Wir wollen aus diesen Gründen in Übach-Palenberg ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz abgeben und halbjährlich im Fachausschuss entsprechende Projekte diskutieren und nach Möglichkeit umsetzen.

O. Walther

F. Kozian